

3. Bericht der Hessischen Landesregierung zur entwicklungspolitischen Zusammenarbeit für die Jahre 2022 und 2023







3. Bericht der Hessischen Landesregierung zur entwicklungspolitischen Zusammenarbeit für die Jahre 2022 und 2023

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum

Kaiser-Friedrich-Ring 75, 65185 Wiesbaden

Tel.: 0611 - 815 0

✉ info@wirtschaft.hessen.de

VERFASSER UND REDAKTION

Ressorts der Hessischen Landesregierung

Redaktion: ansicht Kommunikationsagentur, Haike Boller

GESTALTUNGSKONZEPT, REALISIERUNG

ansicht Kommunikationsagentur, Haike Boller (verantw.), Pauline Flores Tellez

✉ www.ansicht.com

FOTOS

Titel: © Nguyen Anh Tuan, Shutterstock | S. 5: © Sirisak_baokaew, Shutterstock | S. 6: © Peter Jülich / HMWVW | S. 8: © Riccardo Mayer, Shutterstock | S. 10: © Webstock Productions, Shutterstock | S. 12: © Herzen für eine Neue Welt e. V.; © Mapubi e. V. | S. 13: © PRO Uganda e. V.; © PROBONO Schulpartnerschaften für Eine Welt e. V. | S. 15: © Joachim Striepecke; © WUS JLS, Dr. Geis | S. 17: © You Are Not Alone e. V. | S. 19: © Wolfgang Pehlemann, Wikimedia Commons | S. 21, 22: © HMdI | S. 24: © ClimatePartner GmbH, [https://fpm.climatepartner.com/project/1506/de?utm_source=\(direct\)&utm_medium=climatepartner.com](https://fpm.climatepartner.com/project/1506/de?utm_source=(direct)&utm_medium=climatepartner.com) | S. 25: © SumErgoSum, Wikimedia Commons | S. 27: © Jacob Lund, Shutterstock | S. 28: © Dr. Gesine Bade, Universität Kassel, Fachgebiet Didaktik für politische Bildung | S. 29, 30: © LOEWE-Zentrum DRUID, HMWK | S. 32: © VGU, HMWK | S. 33: © AZN, HMLU | S. 34, 35: © Dr. Katharina Raab, Universität Kassel | S. 37: © HMLU | S. 39: © W. Grünelee | S. 40: © Jörg Böthling, Brot für die Welt | S. 44: © SasinTipchai, Shutterstock

DRUCK

Druckerei Lokay e. K.

✉ www.lokay.de

Diese Broschüre wurde klimaneutral auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen Blauer Engel, gedruckt.



natureOffice.com/DE-344-NKGDMMA

STAND

Oktober 2024

HINWEISE ZUR VERWENDUNG

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Hessischen Landesregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern oder Wahlhelferinnen und Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlkampfveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Die genannten Beschränkungen gelten unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl die Druckschrift der Empfängerin und dem Empfänger zugegangen ist. Den Parteien ist es jedoch gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

Nachdruck - auch auszugsweise - ist nur mit Quellenangabe gestattet. Belegexemplar erbeten.



INHALT

1	EINLEITUNG	8
2	BERICHTE DER RESSORTS	10
	2.1 Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum	11
	2.2 Hessische Staatskanzlei	18
	2.3 Hessisches Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz	20
	2.4 Hessisches Ministerium der Finanzen	23
	2.5 Hessisches Ministerium der Justiz und für den Rechtsstaat	25
	2.6 Hessisches Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen	26
	2.7 Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur	29
	2.8 Hessisches Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat	33
3	LEISTUNGEN FÜR ÖFFENTLICHE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT - ODA-LEISTUNGEN	40
4	ANHANG	44
	Mitmachangebote	45
	Tabellenverzeichnis	46
	Abbildungsverzeichnis	46



Kaweh Mansoori

Hessischer Minister für Wirtschaft, Energie,
Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

die globale Vernetzung der Welt stellt uns vor große Herausforderungen – Klimawandel, Kriege und weltweite Krisen wie die Covid-19-Pandemie fordern ein kollektives Verantwortungsbewusstsein und internationale Zusammenarbeit. Der Bedarf an Hilfe und Kooperationsbereitschaft ist höher denn je und Hessen stellt sich dieser Verantwortung durch eine stetig geleistete entwicklungspolitische Zusammenarbeit.

Entwicklungszusammenarbeit ist eine gemeinschaftliche Leistung – und diese Zusammenarbeit zeigt sich auch im nunmehr vorliegenden dritten Bericht der Hessischen Landesregierung zur entwicklungspolitischen Zusammenarbeit.

Verschiedene Ministerien leisten dementsprechend auch in unterschiedlichen Bereichen des Spektrums entwicklungspolitischer Themen, orientiert an den Zielen für nachhaltige Entwicklung, ihre Beiträge. Die Bandbreite der geförderten und umgesetzten Projekte zeigt die umfangreichen Facetten der Entwicklungspolitik auf, sei es die entwicklungspolitische Bildung in Hessen, um den Blick auf andere Länder und die weltweiten Zusammenhänge bestimmter Fragestellungen zu schärfen oder aber die Unterstützung gerechter und nachhaltiger Strukturen in den Ländern des Globalen Südens.

Dabei muss deutlich gemacht werden, dass sich ein Verständnis für globale Zusammenhänge, Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit sowie die Bereitschaft zur direkten Hilfe an Ort und Stelle gegenseitig bedingen. Die Wechselwirkung von entwicklungspolitischer Bildung im Inland und der daraus resultierenden Arbeit in anderen Ländern bilden den Grundstein für die entwicklungspolitische Arbeit.

Hessen arbeitet zusammen – gerade in der Entwicklungspolitik gehen die Projekte der jeweils dargestellten Häuser Hand in Hand mit der Arbeit der vielen hessischen Nichtregierungsorganisationen, die sich in den verschiedenen Handlungsfeldern der Entwicklungspolitik wie Bildungspolitik und Armutsbekämpfung engagieren. Die konkreten Maßnahmen, die durch die von verschiedenen Seiten geleistete Arbeit und Fördermittel ermöglicht werden, ergänzen sich gegenseitig, um eine größtmögliche Wirkung in Hessen sowie in einem internationalen Wirkungskreis zu erzielen. Unser Leitmotiv ist dabei stets Hilfe zur Selbsthilfe.

Hessen unterstützt aktiv die Agenda 2030 der Vereinten Nationen und die damit verbundenen nachhaltigen Entwicklungsziele. Durch die Integration dieser Ziele in die Landespolitik und die Förderung entsprechender Projekte trägt Hessen zur globalen Entwicklung bei. Mit dem vorgelegten Bericht wird deutlich, wie viel Arbeit und Förderung bereits geleistet wurden – sowohl von den Ministerien als auch von den Bürgerinnen und Bürgern in Hessen. Die gemeinsamen Anstrengungen in den unterschiedlichen Bereichen machen Entwicklungszusammenarbeit zu dem, was sie ist: zu einem Gemeinschaftsprojekt.



Karsten Meisner

1

EINLEITUNG



Das Land Hessen setzt sich mit seiner Entwicklungspolitik dafür ein, die Welt für heutige und künftige Generationen nachhaltig, zukunftsfähig und gerechter zu gestalten. Hessen blickt auf eine lange Tradition in diesem Bereich zurück; bereits seit den 1950er-Jahren wird dieses entwicklungspolitische Engagement durch die Förderung vielfältiger Projekte realisiert. Die thematische Bandbreite der Projekte umfasst beispielsweise Klimaschutz, Nachhaltigkeit, Armutsbekämpfung und Menschenrechte. Mit seiner Entwicklungspolitik setzt sich das Land Hessen für eine nachhaltige Entwicklung in Hessen und in Ländern des Globalen Südens¹ ein.

Die 2018 beschlossenen Leitlinien zur entwicklungspolitischen Zusammenarbeit der Hessischen Landesregierung legen unter anderem das Verständnis der Landesregierung von Entwicklungszusammenarbeit (EZ) dar und benennen die prioritären Handlungsfelder. In ihnen ist das Bekenntnis zur Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung niedergelegt, zu deren Umsetzung das Land Hessen durch seine Aktivitäten in der Entwicklungszusammenarbeit einen Beitrag leistet.

Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung wurde am 25. September 2015 von den Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen verabschiedet und trat am 1. Januar 2016 in Kraft. Sie verbindet alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit: Soziales, Umwelt und Wirtschaft. Ihr Herzstück sind die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs). Diese wurden in 169 Unterzielen konkretisiert, die bis 2030 erreicht werden sollen. Die Agenda 2030 gilt erstmals weltweit für alle Staaten, im Globalen Süden ebenso wie im Globalen Norden. Bei der Umsetzung der Ziele sind neben Staat und

Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft ebenso jede und jeder Einzelne gefragt.

Die in den Berichtszeitraum fallende Halbzeitbilanz der Agenda 2030, welche von den Vereinten Nationen im Jahr 2023 gezogen wurde, zeigte, dass verstärkte Anstrengungen erforderlich sind, um die Ziele bis 2030 zu erreichen. Zu den dauerhaften Herausforderungen wie Klimawandel und Verlust der Artenvielfalt kamen weitere Krisen wie die Covid-19-Pandemie und der Angriffskrieg gegen die Ukraine hinzu. Diese sind mitverantwortlich dafür, dass die Umsetzung der Agenda 2030 verlangsamt wurde und bereits erzielte Fortschritte wie bei der Überwindung von Armut und Hunger, der Verbesserung von Gesundheit und Bildung und der Bereitstellung grundlegender Dienstleistungen zunichtegemacht wurden. Hiervon betroffen waren besonders Menschen im Globalen Süden. Umso bedeutender ist der beständige Einsatz des Landes Hessen gemeinsam mit hessischen Nichtregierungsorganisationen und weiteren Partnern, die mit ihren EZ-Projekten Verantwortung für eine global nachhaltige Entwicklung übernehmen.

Die Hessische Staatskanzlei sowie verschiedene hessische Ministerien legen ihre entwicklungspolitischen Aktivitäten in dem vorliegenden 3. Bericht der Hessischen Landesregierung über die entwicklungspolitische Zusammenarbeit in den Jahren 2022 und 2023 dar. Leuchtturmprojekte werden exemplarisch für die verschiedenen Tätigkeitsfelder der EZ vorgestellt. Der Bericht enthält außerdem eine Übersicht über die Leistungen für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA-Leistungen) sowie verschiedene Mitmachangebote.



¹ Mit dem Begriff „Globaler Süden“ wird eine benachteiligte Position im globalen System bezeichnet. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) definiert, welche Staaten als Länder des Globalen Südens gelten.

2

BERICHTE DER RESSORTS



2.1 Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum



Hessen versteht Entwicklungszusammenarbeit als Partnerschaft auf Augenhöhe, daher ist die Förderung vielfältiger, an die jeweiligen Gegebenheiten und Bedürfnisse der Länder angepasster Projekte sowie Projekte zur Förderung des Globalen Lernens an hessischen Schulen und darüber hinaus wesentlicher Bestandteil der entwicklungspolitischen Arbeit des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum (Bezeichnung im Berichtszeitraum: Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen, HMWEVW)

Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in der Entwicklungszusammenarbeit

Das HMWEVW hat in den Jahren 2022 und 2023 insgesamt 81 entwicklungspolitische Projekte von hessischen Nichtregierungsorganisationen (NROs) gefördert. 35 Projektanträge wurden im Jahr 2022 und 46 Projektanträge im Jahr 2023 bewilligt. Davon waren insgesamt 31 Inlandsprojekte, 50 Projekte wurden überwiegend in Ländern des Globalen Südens durchgeführt.

Auch in den vergangenen Jahren wurde wieder eine Vielzahl unterschiedlichster Projekte gefördert, die das gesamte entwicklungspolitische Spektrum widerspiegeln. Dabei konzentrieren sich die Projekte im Inland vor allem auf den Bereich des Globalen Lernens, um insbesondere junge Menschen über globale Zusammenhänge zu informieren und entwicklungspolitische Aktivitäten zu sensibilisieren. Durch die Vermittlung von Hintergrundwissen und die Anleitung zum Perspektivwechsel wird die Wahrnehmung für die Herausforderungen

globaler Vernetzungen und damit verbundener Problemlösungspotenziale geschärft.

Die Umsetzung der insgesamt 50 Auslandsprojekte erfolgte jeweils in verschiedenen Ländern, wobei 25 Projekte in den am wenigsten entwickelten Ländern - Tansania, Mosambik, Nepal, Malawi, Burkina Faso, Uganda, Sudan sowie Sierra Leone (Least Developed Countries, LDC) - durchgeführt wurden. Die übrigen 25 Auslandsprojekte verteilen sich auf Simbabwe, Brasilien, Südafrika, Kenia, Indien, Vietnam, Kolumbien, Kamerun, Peru, Albanien und die WANA-Region (WANA = West-Asien, Nord-Afrika).

Die Durchführung der Projekte liegt überwiegend in den Händen ehrenamtlich tätiger hessischer Nichtregierungsorganisationen, deren Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit durch die Förderung unterstützt wird. Alle geförderten Projekte leisteten einen Beitrag zur Umsetzung der Sustainable Development Goals. Die Förderung erfolgte in der Regel als Anteilsfinanzierung in Form eines nicht rückzahlbaren Zuschusses. Die folgenden Beispiele geben einen kleinen Einblick in die Vielfalt der geförderten Projekte.

Info

Mehr Informationen zur Innovationsförderung Hessen - Entwicklungszusammenarbeit unter www.innovationsfoerderung-hessen.de/epzpromo-programm/

Herzen für eine Neue Welt e. V. – Kultivierung von Austernpilzen in Peru

In Peru gibt es nach wie vor große soziale Unterschiede; vor allem die indigene Bevölkerung in den höher gelegenen Andengebieten ist von Armut und Unterernährung betroffen. Die Höhenlage erschwert den Anbau von Gemüse und führt damit zu einer einseitigen Ernährung.

Im Rahmen des geförderten Projektes des Vereins Herzen für eine Neue Welt e. V. wurde eine Austernpilzzucht aufgebaut sowie bestehende Gewächshäuser renoviert und verbessert, um einen ganzjährigen Gemüseanbau zu ermöglichen. Austernpilze bieten in Kombination mit anderen Gemüsesorten einen hohen Eiweißgehalt und können zudem ressourcenschonend und nachhaltig angebaut werden.

Das Projekt ermöglicht, den Schulkindern der beteiligten Projektschule sowie den Kindern



Ernte der Austernpilze

des Kinderdorfes Munaychay ein ausgewogenes Mittagessen zur Verfügung zu stellen. Die Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeiter wurden in Anbau, Lagerung und Verarbeitung der Austernpilze geschult und zusätzlich die Eltern durch eine Ernährungsberaterin über die Vorteile und die Zubereitung der Austernpilze informiert.

Mapubi e. V. – Ärztlicher Bereitschaftsdienst und medizinische Versorgung in Kamerun



Mapubi-Team

In den Dorfgemeinschaften Kameruns herrscht ein akuter Mangel an Ärztinnen und Ärzten sowie an Pflegepersonal. Für 100.000 Menschen gibt es vielerorts nur eine medizinische Anlaufstelle. Aufgrund der mangelnden Versor-

gungsinfrastruktur ist es daher für die meisten Menschen kaum möglich, eine medizinische Versorgung in Anspruch zu nehmen.

Mit der Entwicklung und der Einführung der Smart-Mobile-Clinic-App (SMC-App) hat sich der Projektträger Mapubi e. V. zum Ziel gesetzt, die Versorgungssituation im ländlichen Raum zu verbessern. Die App ermöglicht einen Wissenstransfer zwischen dörflichen Gesundheitszentren und einem ebenfalls neu eingerichteten ärztlichen Notdienst. Die fachärztliche Beratung, die online erfolgt, verbessert die medizinische Entscheidungsfindung bei Notfällen im ländlichen Raum, um die Erstversorgung der Patientinnen und Patienten zu optimieren. Der neu eingerichtete Bereitschaftsdienst am Universitätsklinikum CHU in der Landeshauptstadt Jaunde ergänzt die Einführung der App. Das Pflegepersonal im ländlichen Raum wurde in der Anwendung der App geschult und kann diese eigenständig nutzen. Im Rahmen der Projektlaufzeit konnte die SMC-App bereits für 5.000 Untersuchungen genutzt werden.

PRO Uganda e. V. - Inneneinrichtung der orthopädischen Lehrwerkstatt in Uganda

Die Versorgungssituation von Menschen mit Amputationen oder angeborenen Fehlbildungen der Extremitäten ist in vielen afrikanischen Ländern oft schwierig, so auch in Uganda. Hochwertige Prothesen herzustellen und anzupassen, ist mit vielen Herausforderungen verbunden.

Der Projektträger PRO Uganda e. V. hat in den letzten Jahren im Distrikt Kiyunga ein Orthopädiezentrum mit Werkstatt und Nebengebäuden für die Patientenversorgung und Physiotherapie aufgebaut. Nach Herstellung und Anpassung der Prothesen wird auch eine Gehschule angeboten. Seit 2014 wurden bereits über 1.400 Patientinnen und Patienten orthopädisch versorgt.

Ziel dieses Projektes ist die Verbesserung der Ausbildungsmöglichkeiten für Orthopädietechnikerinnen und -techniker inklusive der Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten durch das Erreichen internationaler Standards. Im Projektzeitraum wurde eine Lehrwerkstatt



*Übersichtsaufnahme neues
Kompetenzzentrum PRO Uganda*

eingerrichtet, um die Voraussetzungen für eine qualitativ hochwertige Aus- und Weiterbildung im Bereich der Prothesenherstellung bis hin zur Schuhorthopädie zu schaffen.

Darüber hinaus bietet das Ausbildungszentrum auch Auszubildenden aus den afrikanischen Nachbarländern die Möglichkeit, ihre Fähigkeiten zu verbessern, da die orthopädie-prothetische Versorgung in vielen afrikanischen Ländern unzureichend ist. Durch die langfristige Investition in die Qualifizierung von Orthopädietechnikerinnen und -technikern leistet das Projekt einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung und der Lebensqualität von Menschen mit Amputationen in Uganda und darüber hinaus.

PROBONO Schulpartnerschaften für Eine Welt e. V. - Bau und Ausstattung einer Mehrzweckhalle in Tansania

Trotz eines deutlichen Wirtschaftswachstums in den letzten Jahren gehört Tansania nach wie vor zu den am wenigsten entwickelten Ländern. Die Förderung einer qualifizierten Schulbildung ist ein Schlüssel zur Verbesserung der individuellen Lebens- und Berufschancen und gleichzeitig zur Entwicklung des gesamten Landes.

PROBONO Schulpartnerschaften für Eine Welt e. V. unterstützt die Verbesserung der Bildungsqualität an der Grundschule Tengeru English Medium Nursery & Primary School durch den Bau und die Einrichtung einer Mehrzweckhalle, die auch als Speisesaal für die Kinder dient. Die im Projektzeitraum errichtete Halle bietet darüber hinaus Raum für klassenübergreifende Aktivitäten wie z. B. Elternversammlungen. Auf dem Dach der Halle wurde eine Solaranlage installiert, die das Gebäude mit Strom versorgt.

Gleichzeitig wird die Dachfläche zum Auffangen von Regenwasser genutzt, das gefiltert als Trinkwasser auch die Wasserversorgung der Schule verbessert. Das Projekt ermöglicht auch neue Lernangebote und trägt langfristig zu einem verbesserten Lernumfeld bei. Die Lehrerinnen und Lehrer erhalten einen größeren Handlungsspielraum, um ein positives Lernumfeld zu schaffen, was für die Entwicklung und Förderung der Schülerinnen und Schüler von großem Nutzen ist.



Probono-Mensa mit Solar-Lampen

Eine-Welt-Promotor*innen-Programm

Das von Bund und Ländern gemeinsam getragene Eine-Welt-Promotor*innen-Programm fördert den Einsatz für eine global gerechte und nachhaltige Welt. Mehr als 175 „Eine-Welt-Promotor*innen“ beraten und vernetzen derzeit bundesweit zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen, initiieren Projekte sowie Aktionen und zeigen so Alternativen für eine zukunftsfähige Gesellschaft auf.

In Hessen arbeiten sechs „Eine-Welt-Promotorinnen und -Promotoren“ zu den Themen Fairer Handel und nachhaltige Beschaffung, Globales Lernen und Nachhaltigkeit, Migration, Entwicklung und interkulturelle Öffnung sowie Öffentlichkeitsarbeit und Partizipation. 2023 wurden im Rahmen des Programms in Hessen u. a. Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie diasporische Migrantinnen und Migranten in Fortbildungs- und Vernetzungsformaten zu Globalem Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) fortgebildet.

Bund und Länder finanzieren das zivilgesellschaftlich getragene Eine-Welt-Promotor*innen-Programm gemeinsam. Vorgesehen ist, dass das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) 60 % übernimmt und die 16 Bundesländer jeweils 40 % der Programmkosten tragen.

Bildung für nachhaltige Entwicklung

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ist eine Bildungskampagne, die vor allem jungen Menschen Kompetenzen vermittelt, um in ihrem alltäglichen Handeln nachhaltige Entscheidungen treffen zu können. Durch die Auseinandersetzung mit verschiedenen globalen Themen wird der Blick auf andere Weltregionen und die Auswirkungen des eigenen Handelns auf das Leben zukünftiger Generationen gelenkt. So werden Berührungspunkte mit den eigenen Entscheidungen aufgezeigt, um die Menschen für die Folgen ihres Handelns in der heutigen vernetzten Welt zu sensibilisieren. BNE stellt dabei hohe Anforderungen an die Bildungskonzepte und die pädagogische

Info

Mehr Informationen zum Eine-Welt-Promotor*innen-Programm unter [\(www.epn-hessen.de/promo-programm/\)](http://www.epn-hessen.de/promo-programm/)

Praxis der Bildungsträger. Seit 2013 verleiht das Land Hessen das Zertifikat „Bildungsträger für nachhaltige Entwicklung“ an Einrichtungen, die die Qualitätskriterien erfüllen.

Das Zertifikat wird federführend vom Hessischen Umweltministerium verliehen (siehe Bericht HMLU); erfolgt jedoch in Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium, dem Sozialministerium und dem Wirtschaftsministerium. Als Mitglied der Zertifizierungskommission bringt das HMWVW insbesondere seine Expertise in der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit zu globalen Zusammenhängen ein.

Beirat Entwicklungszusammenarbeit der Hessischen Landesregierung

Der 2019 konstituierte Beirat zur Beratung der Landesregierung in Fragen der Entwicklungszusammenarbeit hat insgesamt acht Sitzungen abgehalten, hiervon vier in den Jahren 2022 und 2023. Der Beirat diente der Vernetzung zwischen den in der Entwicklungszusammenarbeit tätigen Akteuren in Hessen, dem Dialog und der Zusammenarbeit zwischen Staat und Zivilgesellschaft sowie der Beratung der Landesregierung in Grundsatzfragen der Entwicklungszusammenarbeit und zur Umsetzung der Leitlinien. Mit der Legislaturperiode endete die Arbeit des Beirats regulär zum 31.12.2023. An einer Neuausrichtung des EZ-Beirats wird gearbeitet.



Grenzenlos-Schule KSM Marburg © Joachim Striepecke

World University Service Deutsches Komitee e. V. - Grenzenlos - Globales Lernen in der beruflichen Bildung

Globales Lernen und die Auseinandersetzung mit Nachhaltigkeit spielen in der heutigen Zeit eine immer größere Rolle. Für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit an beruflichen Schulen in Hessen bietet das Projekt „Grenzenlos“ ein attraktives Paket in Form eines Schulsiegels, verbunden mit Unterrichtskooperationen und Lehrerfortbildungen. Im Mittelpunkt steht die Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE).

Das Alleinstellungsmerkmal des Projekts ist der Ansatz, dass Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika das Wissen über globale Zusammenhänge und Nachhaltigkeit in die Klassenzimmer der Berufsschulen bringen. Die rund 100 Grenzenlos-Aktiven aus fast 50 Nationen studieren an hessischen Hochschulen, haben sich im Projekt als Lernpartnerinnen und Lernpartner qualifiziert und sind dafür zertifiziert. Die Lehrkooperationen folgen strengen Qualitätsstandards und orientieren sich an den Empfehlungen des „Orientierungsrahmens für den Lernbereich Globale Entwicklung“, den die Kultusministerkonferenz im Jahr 2016 veröffentlicht hat.

Durch den persönlichen Austausch der Auszubildenden mit den ausländischen Studierenden entsteht ein besonderer Peer-to-Peer-Ansatz; das Verständnis für unterschiedliche Lebenswelten ermöglicht einen Perspektivwechsel und motiviert die Schülerinnen und Schüler zu nachhaltigem Handeln in ihrem Alltag. Seit 2016 wurden in Hessen bereits knapp 500 Unterrichtskooperationen durchgeführt und damit rund 12.000 Schülerinnen und Schüler an rund 55 Berufsschulen erreicht. Die Nachfrage nach Lehrkooperationen steigt stetig, sodass sich die Einsätze im Jahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr nahezu verdoppelt haben. Bereits 19 hessische berufsbildende Schulen haben das Siegel erhalten und konnten so ihr Profil um Nachhaltigkeit und Globales Lernen erweitern.



Sur-Place-Stipendien des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum

Das Land Hessen fördert seit 1991 vietnamesische Studierende mit herausragenden Leistungen. Auch für die Berichtsjahre 2022 und 2023 wurde eine Förderung bewilligt, das HMWEVW unterstützte die Ausbildung von jeweils 18 Studierenden an der Vietnamese-German University (VGU). Diese Sur-Place-Stipendien werden über den World University Service Deutsches Komitee e. V. (WUS) vergeben. Ziel der Maßnahme war und ist es, die Ausbildung von Studierenden aus einkommensschwachen Familien durch ein Sur-Place-Stipendium in Höhe von je 1.000 EUR zu sichern und damit einen Beitrag zum Aufbau marktwirtschaftlicher Strukturen und zur Schaffung gerechterer Verhältnisse für Studierende aller sozialen Schichten zu leisten. Studentinnen wurden bevorzugt berücksichtigt.

Im Rahmen der Stärkung der marktwirtschaftlichen Öffnung Vietnams im Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft bietet die 2008 gegründete Vietnamese-German University (VGU) in Ho-Chi-Minh-Stadt in Kooperation mit hessischen Partnerhochschulen (TU Darmstadt, Goethe-Universität Frankfurt am Main, Frankfurt University of Applied Sciences) mehrere gemeinsame Bachelor- und Masterstudiengänge an. Die Absolventinnen und Absolventen erhalten sowohl einen Bachelor of Arts- bzw. Master of Arts-Abschluss der VGU als auch der deutschen Partnerhochschule.

Haushaltsmittel für Entwicklungszusammenarbeit

Dem Förderprodukt 39 Entwicklungszusammenarbeit des HMWEVW standen im abgelaufenen Berichtsjahr erhöhte Haushaltsmittel zur Verfügung. Im Berichtsjahr 2022 blieb die Fördersumme mit 800.000 Euro konstant, wurde allerdings im Folgejahr 2023 auf 1.050.000 Euro erhöht. Mit dem gegebenen Haushaltsvolumen wurden die oben beschriebenen Projekte hessischer Nichtregierungsorganisationen im In- und Ausland gefördert. In beiden Berichtsjahren

wurden die Fördersummen nahezu vollständig ausgeschöpft (siehe Tabelle 1).

Die Förderung von Sur-Place-Stipendien für Studierende erfolgte aus dem Förderprodukt 14 Außenwirtschaftsaktivitäten und Standortmarketing und wurde entsprechend mit zusätzlichen Haushaltsmitteln umgesetzt.

Tabelle 1: Förderung der Entwicklungszusammenarbeit aus Haushaltsansatz Einzelplan 07, Kapitel 07 05, Förderprodukt 39

Haushaltsjahr	Verausgabte Mittel in Tsd. EUR
2014	264.141
2015	336.070
2016	632.297
2017	1.380.000
2018	853.532
2019	847.957
2020	758.296
2021	799.087
2022	799.997
2023	1.049.999

Quelle: Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum



You Are Not Alone e. V. – Förderung der Gesundheit von Frauen und Mädchen im ländlichen Raum im Süden Malawis durch Prävention und Aufklärung

3

GESUNDHEIT UND WOHLERGEHEN



4

HOCHWERTIGE BILDUNG



5

GESCHLECHTER-GLEICHHEIT



Malawi hat eine der weltweit höchsten Sterblichkeitsraten durch Gebärmutterhalskrebs und eine sehr hohe Schwangerschaftsrate bei Teenagern in der afrikanischen Subregion. Mangelnde Gesundheitsversorgung einerseits und fehlender Zugang zu Bildungsangeboten und entsprechender Aufklärung andererseits stehen bei dieser Problematik im Vordergrund.

Im Distrikt Zomba im Süden Malawis hat der Projektträger durch die Einrichtung und Unterhaltung des YOU ARE NOT ALONE-Healthy Posts und die Zusammenarbeit mit dem Pirititi Hospital die Situation in der Region erfolgreich und nachhaltig verbessert. Mit dem aktuellen Projekt wurden Möglichkeiten für eine regelmäßige gynäkologische Versorgung sowie der Zugang zu verschiedenen Aufklärungsangeboten geschaffen, um die Gesundheitsversorgung von Mädchen und Frauen in der Region zu ausbauen.

Zu Beginn der Maßnahme wurden eine gynäkologische Station im Pirititi Hospital und eine gynäkologische Behandlungseinheit im Healthy Post mit dem notwendigen Material ausgestattet.

Während der gesamten Projektlaufzeit fanden Informationsveranstaltungen und Aufklärungsunterricht für ca. 700 Frauen im Healthy Post sowie in jeweils 2 Grundschulen für 558 und in einer Sekundarschule für 320 Schülerinnen statt. Es erfolgte eine altersgerechte Informationsvermittlung zu Themen wie Vermeidung ungeplanter Schwangerschaften, Übertragung von Infektionskrankheiten durch sexuelle Kontakte sowie nachhaltige Hygiene und Menstruation, um die jungen Mädchen und Frauen für diese Themen zu sensibilisieren. Darüber hinaus soll das vermittelte Wissen über ungeplante Schwangerschaften dazu beitragen, Schulabbrüche zu verhindern und die jungen Frauen durch eine abgeschlossene Schulbildung in die Lage versetzen, aus der Armutsspirale auszubrechen.

Das Projekt steht im Einklang mit der vom malawischen Gesundheitsministerium im Jahr 2016 entwickelten nationalen Strategie zur Bekämpfung von Gebärmutterhalskrebs.

2.2 Hessische Staatskanzlei



Die Rolle der Hessischen Staatskanzlei in der internationalen Zusammenarbeit

Die Hessische Staatskanzlei ist zuständig für die europäischen und internationalen Regionalpartnerschaften. Sie betreut ausländische Staatsgäste und koordiniert die Zusammenarbeit der Hessischen Landesregierung mit europäischen und außereuropäischen Staaten.

Darüber hinaus ist die Staatskanzlei als Regierungssitz zentrale Ansprechpartnerin für die berufs- und honorarkonsularischen Vertretungen in Hessen. Aufgrund der hohen internationalen Attraktivität der Rhein-Main-Region bietet Hessen den konsularischen Vertretungen zahlreiche Gesprächskanäle sowie ein Netzwerk aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft zur Pflege bilateraler Beziehungen.

Das Hessische Consular Corps gehört mit fast 100 Vertretungen zu den drei wichtigsten Standorten für konsularische Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland.

Zur Entwicklung gemeinsamer Arbeitszusammenhänge sowie zur Pflege von Kontakten und Netzwerken finden in der Staatskanzlei in regelmäßigen Abständen verschiedene Gesprächsformate statt. Zu diesen gehörten in der Vergangenheit unter anderem die Antrittsbesuche der neuen Leiterinnen und Leiter der Auslandsvertretungen beim Hessischen Ministerpräsidenten oder Vertreterinnen und Vertretern der Hessischen Landesregierung. Hierzu zählen gleichfalls Empfänge für das Hessische Consular Corps oder auch Formate wie der „Europäische Salon“, in deren Rahmen sich

ein zuvor ausgewähltes europäisches Land mit einer kulturellen oder musikalischen Darbietung in der Staatskanzlei präsentiert.

Die Veranstaltungsreihen und Gesprächsformate tragen zum Austausch zwischen Mitgliedern des Hessischen Consular Corps und Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Verbänden und Gesellschaft bei.

Gespräche mit EZ-Bezug im Zeitraum 2022/2023

Im Berichtszeitraum fanden kontinuierlich bilaterale Gespräche mit Regierungsvertreterinnen und Regierungsvertretern statt, die unter anderem Arbeitszusammenhänge im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit betrafen. So reiste Frau Staatsministerin a. D. Puttrich (vom 20. bis 23.04.2022) zu politischen Gesprächen in die Republik Kenia. Dabei wurden Möglichkeiten einer strategischen Zusammenarbeit zwischen Hessen und der Republik Kenia ausgelotet.

Darüber hinaus führte Frau Staatsministerin a. D. Puttrich Gespräche mit den Botschaftern der Republik Guatemala (26.01.2022), der Mongolei (27.04.2022) und der Demokratischen Bundesrepublik Nepal (18.01.2023). Herr Staatssekretär Becker traf am 03.03.2023 mit dem Botschafter der Vereinigten Republik Tansania zusammen.

Am 13.06.2022 führte Herr Ministerpräsident a. D. Bouffier Gespräche mit den Leiterinnen und Leitern der konsularischen Vertretungen in Hessen im Rahmen des Jahresempfangs der Landesregierung für das Hessische Consular Corps. Im Jahr 2023 empfing Herr Staatsminister a. D. Wintermeyer die Vertreterinnen und Vertreter des Hessischen Consular Corps (08.07.2023).

Am 15.09.2022 führte Herr Staatsminister a. D. Wintermeyer Gespräche mit Diplomatinen und Diplomaten aus verschiedenen afrikanischen Ländern. Die Gespräche fanden im Rahmen der internationalen Diplomatenausbildung des Auswärtigen Amtes statt.

Beschlusslage der Länder zur Entwicklungszusammenarbeit

Der Hessische Ministerpräsident wirkt auf Ebene der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) regelmäßig an der Fortschreibung der Beschlusslage der Länder zur Entwicklungszusammenarbeit mit. Die MPK-Beschlusslage unterstreicht die Absicht der Bundesländer, weiterhin einen Beitrag zur Bewältigung der entwicklungspolitischen Herausforderungen im Rahmen der Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals - SDGs) zu leisten.



Hessische Staatskanzlei

2.3 Hessisches Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz



Vorbemerkung

Im Vergleich zum vorherigen Berichtszeitraum stand und steht Afrika deutlich weniger im Fokus entwicklungspolitischer Maßnahmen im Polizeisektor des Hessischen Ministeriums des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz (Bezeichnung im Berichtszeitraum: Hessisches Ministerium des Innern und für Sport, HMdIS). Dies hängt vor allem mit dem deutschen Rückzug aus der Polizeimission in der Republik Mali Ende 2022, dem Militärputsch in der Republik Niger im Sommer 2023 und auch mit der vorangegangenen Beendigung des deutschen Engagements am Kofi Annan Peacekeeping Training Centre im Herbst 2021 zusammen.

Auch das bilaterale Polizeiprojekt in Afghanistan („German Police Project Team“) wurde im Mai 2021 vorzeitig beendet.

Internationale Polizeimissionen

In den Jahren 2022 und 2023 wurden insgesamt zehn hessische Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte (PVB) zu internationalen Polizeimissionen entsandt. In Europa nahmen davon drei an der EU-Beobachtermission in Georgien („European Union Monitoring Mission“ – EUMM Georgia) teil. Ein PVB war als Polizeiberater in der Ukraine („European Advisory Mission“ – EUAM Ukraine) eingesetzt. Der Beamte leistete einen über seinen Missionseinsatz hinaus wichtigen Unterstützungsbeitrag bei der Organisation und Durchführung von Hilfslieferungen.

Zwei Beamte wurden in die Republik Kosovo entsandt, einer zur Rechtsstaatlichkeitsmission der EU („EULEX Kosovo“), der andere zur dortigen Mission der Vereinten Nationen („United Na-

tions Interim Administration Mission in Kosovo“ – UNMIK). Im Nahen Osten nahm ein Beamter an der EU-Mission in Palästina („EU Coordination Office for Palestinian Police Support“ – EUPOL COPPS) teil. Diese Missionsteilnahme konnte aufgrund des Aufgabengebietes des Beamten im Bereich des Jugend- und Kinderschutzes mit einer vielbeachteten mehrmoduligen Polizeihilfemaßnahme unter Federführung des Bundeskriminalamtes verbunden werden, die von zwei Expertinnen der Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit in Palästina und Hessen durchgeführt wurde.

Nach Afrika wurden drei Beamte zu den Missionen in der Republik Mali („United Nations Multidimensional Integrated Stabilization Mission“ – MINUSMA) sowie in der Republik Niger („European Union Capacity Building Mission in Niger“ – EUCAP Sahel Niger) und Bundesrepublik Somalia („European Union Capacity Building Mission in Somalia“ – EUCAP Somalia) entsandt.

Polizeihilfe Palästina

Zugunsten der „Family Juvenile Protection Unit“ in den palästinensischen Gebieten (ausschließlich im Bereich des Westjordanlands) fanden im Berichtszeitraum mehrere Ausbildungsmodulare statt, bei denen Hessen unter Federführung des Bundeskriminalamtes mit Fachpersonal unterstützte. Die Fortbildungen vor Ort fanden unter Leitung einer im Frauen- und Kinderschutz

sowie im Gesamtkontext häuslicher Gewalt außerordentlich erfahrenen Kriminalbeamtin und einer Islamwissenschaftlerin – beide von der Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit – statt.

Das sowohl didaktisch als auch methodisch auf Nachhaltigkeit angelegte Programm fand nationale und internationale Anerkennung, da es mit der Tätigkeit eines zeitgleich in der Mission EUPOL COPPS tätigen hessischen Beamten vernetzt werden konnte und den Bediensteten vor Ort praktische Handlungsanleitungen vermittelte, die in Hessen entwickelt, an die örtlichen Gegebenheiten angepasst und nun weiter genutzt werden.



Kollegin von der Family Juvenile Protection Unit und Kriminaloberkommissar aus Frankfurt, entsandt von Januar 2022 bis April 2023

Unterstützung der ukrainischen Polizei

In den Jahren 2022 und 2023 konnten durch die hessische Polizei 14 Fahrzeuge – überwiegend Geländefahrzeuge und Transporter – im Wert von rund 100.000 Euro am slowenisch-ukrainischen Grenzübergang Ushgorod als Hilfsleistung übergeben werden. Darüber hinaus wurden unter anderem Hilfsleistungen in Form von mehr als 1.000 ausgemusterten Schutzwesten, 600 Paar neuen Sicherheitsstiefeln, zahlreichen ballistischen Schutzhelmen, Schnittschutzhandschuhen, Erste-Hilfe-Ausrüstungen und weiteren Hilfsgütern erbracht.

Insgesamt wurden Hilfsgüter im Gesamtwert von über 300.000 Euro von der hessischen Polizei an die ukrainische Polizei übergeben.



Ausgemusterte Fahrzeuge der hessischen Polizei, die bis heute in der Ukraine einen wichtigen Beitrag in der Logistik der dortigen Polizei leisten



Übergabe von vier Einsatzfahrzeugen an der Landesfeuerwehrschule Hessen an ukrainische Einsatzkräfte (20.07.2022)

Hessen bleibt an der Seite der Ukraine

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine markiert eine Zeitenwende und bricht mit dem Tabu der Anwendung militärischer Gewalt auf unserem Kontinent. Europa, Deutschland und auch Hessen stehen solidarisch an der Seite der über 40 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer.

Das Land Hessen hat bereits zwei Wochen nach Kriegsbeginn mit der Lieferung von humanitären Hilfsgütern (Zelten, mobilen Heizungen, Feldbetten und Schlafsäcken) sowie Lebensmitteln und Medikamenten begonnen. Aufgrund der Zerstörungen durch russische Angriffe auch im zivilen Bereich wurden Feu-

erwehrfahrzeuge und feuerwehrtechnisches Gerät in die betroffenen Gebiete transportiert und ukrainische Einsatzkräfte an diesem Gerät an der Hessischen Landesfeuerwehrschule ausgebildet.

Seitdem laufen die Hilfsmaßnahmen kontinuierlich weiter, insbesondere werden wöchentlich 22 Tonnen Lebensmittelpakete direkt in die Krisengebiete geliefert.

In den Jahren 2022 und 2023 hat Hessen humanitäre Hilfe in Höhe von 8 Millionen Euro für die Ukraine geleistet.

2.4 Hessisches Ministerium der Finanzen



Die Hessische Landesverwaltung hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2030 und darüber hinaus durch Minimierungs-, Substitutions- und Kompensationsmaßnahmen CO₂-neutral zu werden. Als wichtiger Zwischenschritt auf dem Weg zu diesem Ziel werden seit 2020 die Emissionen aus der dienstlichen Mobilität der Landesverwaltung durch den Ankauf von Emissionsgutschriften kompensiert. Gleichzeitig wird durch die Förderung von Projekten zur nachhaltigen Energieerzeugung und -nutzung ein Beitrag zur Umsetzung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung geleistet.

Im Jahr 2022 wurden nach einer europaweiten Ausschreibung durch den Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen (LBIH) im Auftrag des Hessischen Ministeriums der Finanzen (HMdF) in Abstimmung mit dem damaligen Hessischen Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (HMUKLV) zwei Klimaschutzprojekte in Südasien gefördert:

Das Biogas-Förderprogramm in Nepal

In Nepal leben viele Menschen in abgelegenen Gebieten und sind zum Kochen auf Feuerholz angewiesen. Insbesondere für Familien mit landwirtschaftlichen Betrieben bietet das Projekt eine gute Möglichkeit, Treibhausgasemissionen zu reduzieren, indem konventionelle Brennstoffe zum Kochen wie Brennholz oder fossile Brennstoffe durch moderne Biogastechnologien ersetzt werden. Dabei wird Viehdung mit Wasser vermischt in eine Biogasanlage gegeben und durch anaerobe Vergärung Biogas erzeugt, das zum Kochen genutzt werden kann. In 55 Distrikten Nepals wurden insgesamt 9.688 kleine Biogasanlagen installiert, die ländliche Haushalte mit bezahlbarer und erneuerbarer

Energie versorgen. Da weniger Feuerholz benötigt wird, reduziert das Projekt die Abholzung und spart rund 35.350 t CO₂-Emissionen pro Jahr ein. Die Familien sparen außerdem Zeit beim Holzsammeln, profitieren von weniger Rauch in ihren Häusern und können die Restgülle aus der Anlage als organischen Dünger nutzen.

Beitrag zu den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs):

➔ SDG 3: Gesundheit und Wohlergehen

Durch die Nutzung von Biogas anstelle von Feuerholz sind die Familien nicht mehr der Rauchbelastung in Innenräumen ausgesetzt, was sich positiv auf ihre Gesundheit auswirkt. Zudem sorgen an Biogasanlagen angeschlossene Latrinen für eine bessere Abwasserentsorgung.

➔ SDG 7: Saubere und bezahlbare Energie

Das Projekt verbessert den Zugang zu sauberer und bezahlbarer Energie für einkommensschwache ländliche Haushalte.

➔ SDG 8: Menschenwürdige Arbeit und wirtschaftliches Wachstum

Der Bau, die Wartung, die Vermarktung und die Finanzierung von Biogasanlagen bieten Beschäftigungsmöglichkeiten für qualifizierte Arbeitskräfte.

➔ SDG 13: Maßnahmen zum Klimaschutz

Durch das Projekt werden jährlich rund 35.350 t CO₂ eingespart.

Erworbene Emissionsgutschriften: 20.000 t

Kosten: 6,90 €/t

Gesamtkosten: 138.000 €

Installation von Solar Home Systems, Bangladesch

Viele Haushalte in Bangladesch sind nicht an das öffentliche Stromnetz angeschlossen und nutzen Petroleumlampen und Batterien, um ihren Energiebedarf zu decken. Dieses Klimaschutzprojekt schafft Abhilfe: Solar Home Systems erzeugen saubere Energie, die direkt im Haushalt genutzt werden kann. Das reduziert nicht nur CO₂-Emissionen, sondern ist auch gesünder, da die Menschen zum Beispiel keine rußenden Lampen mehr nutzen müssen.

Die Solaranlagen werden zu einem erschwinglichen Preis angeboten und die Menschen erhalten in den ersten drei Jahren einen kostenlosen Wartungs- und Reparaturservice. So trägt das Projekt dazu bei, Haushalte und Kleinstunternehmen in ländlichen Gebieten Bangladeschs mit Energie zu versorgen und die nachhaltige Entwicklung in verschiedenen Regionen des Landes voranzutreiben.



Beitrag zu den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs):

➔ SDG 3: Gesundheit und Wohlbefinden

Die Solaranlagen ersetzen rußende Lichtquellen und verbessern so die Luftqualität in Innenräumen, sowohl zu Hause als auch am Arbeitsplatz von Kleinstunternehmen. Dadurch werden Atemwegs- und Augenkrankheiten reduziert.

➔ SDG 7: Saubere und bezahlbare Energie

Das Projekt sorgt für eine zuverlässige Stromversorgung, die nicht nur den Alltag vieler Menschen erleichtert, sondern auch längere Öffnungszeiten für kleine Unternehmen wie Restaurants oder Lebensmittelgeschäfte ermöglicht.

➔ SDG 8: Menschenwürdige Arbeit und wirtschaftliches Wachstum

Durch die Inbetriebnahme und Wartung der Solaranlagen entstehen Arbeitsplätze.

➔ SDG 13: Maßnahmen zum Klimaschutz

Das Projekt besteht aus mehreren Teilprojekten, die sämtlich zur nachhaltigen Elektrifizierung ländlicher Gebiete in Bangladesch beitragen und damit nachweislich CO₂-Emissionen reduzieren.

Erworbene Emissionsgutschriften: 5.000 t

Kosten: 7,20 €/t

Gesamtkosten: 36.000 €



Bild 1 und 2: Klimaschutzprojekt Solaranlagen für zuhause in Bangladesch, © ClimatePartner GmbH
[https://fpm.climatepartner.com/project/1506/de?utm_source=\(direct\)&utm_medium=climatepartner.com](https://fpm.climatepartner.com/project/1506/de?utm_source=(direct)&utm_medium=climatepartner.com)

2.5 Hessisches Ministerium der Justiz und für den Rechtsstaat



Seit dem Jahr 2016 bietet die Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit e. V. (IRZ) in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Richterbund und den Landesjustizverwaltungen jährlich ein Hospitationsprogramm für englischsprachige Zivil- und Handelsrichterinnen und -richter an.

Ziel dieses Hospitationsprogrammes ist es unter anderem, den teilnehmenden Richterkolleginnen und -kollegen die nationalen Rechtsordnungen, insbesondere das Zivilrecht, näherzubringen. Ihnen wird die Gelegenheit eröffnet, sich mit den Aufgaben und Zuständigkeiten der partizipierenden deutschen Partnergerichte vertraut zu machen, an zahlreichen Verhandlungen teilzunehmen (einschließlich Vor- und Nachbesprechung), mit den deutschen

Kolleginnen und Kollegen Fachgespräche zu spezifischen Fragestellungen zu führen und den informellen Austausch mit ihnen zu pflegen.

Das Hessische Ministerium der Justiz und für den Rechtsstaat (Bezeichnung im Berichtszeitraum: Hessisches Ministerium der Justiz, HMdJ) hat sich in der Vergangenheit – so auch in den Berichtsjahren 2022 und 2023 – bereit erklärt, Plätze für zwei bis drei Richterinnen oder Richter, Staatsanwältinnen oder Staatsanwälte für das deutschsprachige sowie für das englischsprachige Hospitationsprogramm zur Verfügung zu stellen. Die von der IRZ erbetenen Zuschüsse zu den Lebenshaltungskosten der Hospitantinnen und Hospitanten hat das HMdJ auch in der Vergangenheit übernommen, wenn und insoweit Zuweisungen erfolgten.

Im Jahr 2022 wurden dem HMdJ drei Richterinnen für eine englischsprachige Gruppenshospitation für Zivil- und Handelsrichterinnen und -richter zugewiesen. Die Richterinnen kamen aus Georgien, Kasachstan und Armenien. Die Hospitation fand vom 14.11.2022 bis 19.11.2022 beim Landgericht Wiesbaden statt. Die Hospitantinnen wurden von der Vorsitzenden Richterin am Landgericht, Frau Stuffer-Buhr, betreut.

Auch für das Jahr 2023 hat sich das HMdJ bereit erklärt, Hospitantinnen und Hospitanten zu betreuen. Eine Zuweisung durch die IRZ erfolgte indes nicht.



Justizzentrum in Wiesbaden mit Amts-, Land-, Verwaltungs-, Sozial- und Arbeitsgericht sowie der Staatsanwaltschaft

2.6 Hessisches Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen



Das Hessische Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen (Bezeichnung im Berichtszeitraum: Hessisches Kultusministerium, HKM) hat in den Jahren 2022 und 2023 eine Vielzahl von Initiativen und Programmen zur Integration von Nachhaltigkeit und globalem Lernen in das Bildungssystem durchgeführt. Die Umsetzung der SDGs und die Förderung von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) stehen dabei im Mittelpunkt; insbesondere Ziel 4, das sich auf qualitativ hochwertige Bildung konzentriert.

Landesprogramm Hessische Umweltschulen

Im Rahmen des Programms „Hessische Umweltschulen“ wurden in den Jahren 2022 und 2023 insgesamt 218 hessische Schulen aller Schulformen in ihren BNE-Aktivitäten beraten und erhielten die Auszeichnung als „Hessische Umweltschule“. Von den Aktivitäten der Schulen, die zur Auszeichnung führten, waren einige explizit dem Handlungsfeld „Globales Lernen/Entwicklungszusammenarbeit“ zuzuordnen.

Alle Aktivitäten der Umweltschulen bezogen sich auf die Verfolgung ausgewählter Nachhaltigkeitsziele und damit auf die Umsetzung der Agenda 2030. In ihrer Abschlussdokumentation gaben die teilnehmenden Schulen an, zu welchem SDG ihre durchgeführten Projekte einen besonderen Beitrag geleistet haben. SDG 4 war hier verpflichtend, besonders häufig wurden darüber hinaus die SDGs 2, 13 und 15 genannt.

Pädagogische Tage an Schulen

Seit dem Jahr 2020 werden Unterstützungsangebote bei der Durchführung und Gestaltung pädagogischer Tage zur BNE an hessischen Schulen ausgebaut und multipliziert. Im Berichtszeitraum 2022 und 2023 wurden zahlreiche Schulen hierzu beraten. Fünf hessische Schulen wurden im Berichtszeitraum bei der Organisation und Durchführung entsprechender pädagogischer Tage personell und finanziell unterstützt. Im Mittelpunkt standen dabei der „Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung“ der Kultusministerkonferenz und dessen Umsetzung in Unterricht und Schulalltag. In diesem Rahmen wurden auch Kontakte zu außerschulischen Kooperationspartnern aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit, den hessischen BNE-Netzwerken und BNE-zertifizierten Bildungsträgern aufgebaut, um Schulen Unterstützungsmöglichkeiten und schulische Öffnungsprozesse aufzuzeigen sowie die Akteure zusammenzubringen.

BNE-Fachtag an Staatlichen Schulämtern

An den drei Staatlichen Schulämtern für den Landkreis Kassel und die Stadt Kassel, für den Landkreis Bergstraße und den Odenwaldkreis sowie für den Landkreis Darmstadt-Dieburg und die Stadt Darmstadt wurden zwei ganztägige BNE-Fachtag für hessische Lehrkräfte und Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst organisiert und durchgeführt. Schwerpunkte waren die ganzheitliche Umsetzung, der Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung sowie unterrichtliche Zugänge zu BNE.

BNE-Lehrerfortbildung

In den Jahren 2021 und 2022 führte das Hessische Kultusministerium in Kooperation mit dem Entwicklungspolitischen Netzwerk Hessen (EPN) und dem Zentrum Ökumene die mehrmodulige Lehrkräftefortbildung im Onlineformat mit dem Titel „Wir bringen die SDGs in die Schule!“ durch. Neben einem Einführungsmodul widmete diese jedem der globalen Nachhaltigkeitsziele ein Fortbildungsmodul, das Möglichkeiten aufzeigte, dieses SDG thematisch und methodisch in den Unterricht der Sekundarstufen I und II zu integrieren.

Von insgesamt 13 Modulen fanden neun im Jahr 2022 statt, insgesamt nahmen über 150 hessische Lehrkräfte an einem oder mehreren Fortbildungsmodulen teil.

Mit der Fortbildung wurde vorrangig das Ziel 4 der SDGs umgesetzt.

Neues Unterrichtsfach „Digitale Welt“

Zum Schuljahr 2022/2023 wurde das neue Unterrichtsfach „Digitale Welt“ in einer Pilotphase an zwölf hessischen Schulen eingeführt, im Schuljahr 2023/2024 ist die Pilotphase auf weitere 52 Schulen ausgeweitet worden. Das Unterrichtsfach verbindet projektorientiertes Lernen zu Themenfeldern der Agenda 2030 mit digitalen Lernkonzepten.

In der thematisch freien Auseinandersetzung mit den SDGs werden Lösungsansätze für die ökologischen und ökonomischen Herausforderungen unserer Zeit erarbeitet; dies erfolgt gleichzeitig durch die Auseinandersetzung mit technologischen Neuerungen, um Schülerinnen und Schüler für die Nutzung von digitalen Medien zu sensibilisieren.



Grundschülerinnen und -schüler in einer Lerngruppe

Zertifizierung von Bildungsträgern für nachhaltige Entwicklung

Gemeinsam mit drei weiteren Landesministerien zertifizierte das Hessische Kultusministerium Bildungsträger, die in ihrem Bildungsangebot und in ihrer Unternehmenskultur Kriterien einer nachhaltigen Entwicklung beziehungsweise der BNE erfüllen. Durch die gemeinsame Arbeit der vier Landesministerien in der Zertifizierungskommission erfolgte die Bewertung der Bildungsarbeit mehrperspektivisch. Der Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit, die Einnahme einer globalen Perspektive in der Bildungsarbeit sowie der Beitrag der Angebote zur Umsetzung der SDGs sind wesentliche Bestandteile der Bewertung der eingereichten Anträge.

Im Berichtszeitraum wurde die Arbeit an der Ausweitung des Zertifikats auch auf Anbieter der Erwachsenenbildung aufgenommen. Dieser Arbeitsgruppe gehört auch eine Vertreterin des HMKB an.



Leuchtturmprojekt Länderinitiative „GLOBALE PERSPEKTIVEN in die Grundschule! - Pilotprojekt im Landkreis Waldeck-Frankenberg zur entwicklungspolitischen Bildung als Säule der BNE in der Grundschule“

In Kooperation mit dem Landkreis Waldeck-Frankenberg und der Universität Kassel, Fachgebiet Didaktik für politische Bildung, wurde im Jahr 2021 eine Länderinitiative mit dem Titel „GLOBALE PERSPEKTIVEN in die Grundschule! - Pilotprojekt im Landkreis Waldeck-Frankenberg zur entwicklungspolitischen Bildung als Säule der BNE in der Grundschule“ gestartet. Hierbei sollen schon Grundschulkinder lernen, sich als einzelne Person noch mehr als Teil der Gesellschaft zu begreifen.

Im Berichtszeitraum der Jahre 2022 und 2023 wurden dazu sieben pädagogische Fachtage an Grundschulen, zwei Fortbildungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie acht Fortbildungen für Lehrkräfte an den beteiligten Grundschulen durchgeführt. Ein digitaler Fachtage im März 2022 und ein Präsenzfachtage an der Universität Kassel im Mai 2023 erreichten 35 beziehungsweise 80 Teilnehmende aus allen Bereichen der Bildungslandschaft (Schulen, Hochschulen, Studienseminaren, außerschulische Bildung).

Damit setzt das Projekt Ziel 4 der SDGs in besonderer Weise um.



Pädagogische Fortbildungen für Lehrkräfte, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren

2.7 Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur



Mit seiner Außenwissenschaftspolitik fördert Hessen als Teil der Weltgemeinschaft die vereinbarten 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen in Forschung und Lehre, insbesondere Ziel 4 „Hochwertige Bildung“ durch das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur (Bezeichnung im Berichtszeitraum: Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst, HMWK).

Von den vielfältigen und zahlreichen Forschungsprojekten, die zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung beitragen oder die direkt mit spezifischen Partnereinrichtungen in Afrika, Asien oder Lateinamerika durchgeführt werden, können hier nur einige exemplarisch genannt werden.

Mit dem Kassel Institute for Sustainability bündelt die Universität Kassel das breite Spektrum ihrer Forschung und Lehre zur Nachhaltigkeit. Mit Unterstützung des Landes Hessen forschen und lehren hier bis zu 17 Professuren entlang der 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen und betrachten diese in ihrer Gesamtheit – ein in Deutschland einmaliges Konzept. Verschiedene internationale Forschungsprojekte in Ländern des Globalen Südens sollen zur Erreichung der SDGs beitragen, darunter unter anderem das Projekt „Mit grüner Energie und nachhaltigen Rohstoffen in die Zukunft“, das in Kooperation mit der Universidad Nacional de San Martín in Argentinien sowie der Universidad de la Habana in Kuba durchgeführt wird. Es soll eine Leuchtturmfunktion in Lateinamerika haben. Darüber hinaus fördert der Fokus auf

grüne Energie und nachhaltige Rohstoffe bei allen Partnerinstitutionen die Erweiterung und Stärkung bereits bestehender SDG-Themen mit den Schwerpunkten sozial-ökologische Forschung, nachhaltige Entwicklung und globale Ungleichheit.

Forschungsprojekt LOEWE-Zentrum DRUID

Einen wichtigen Beitrag des Landes Hessen zur Entwicklungszusammenarbeit leistet ebenfalls das LOEWE-Zentrum (Landes-Offensive zur





Entwicklung Wissenschaftlich-ökonomischer Exzellenz) DRUID (Novel Drug Targets against Poverty-Related and Neglected Tropical Infectious Diseases). Das seit 2018 mit Landesmitteln aus dem Förderprogramm LOEWE in Höhe von insgesamt rund 35 Millionen Euro geförderte Forschungszentrum unter der derzeitigen Federführung der Philipps-Universität Marburg fokussiert sich auf armutsassoziierte und vernachlässigte Tropenkrankheiten wie Dengue- und Chikungunya-Fieber, Ebola- und Zikavirus-Infektionen, aber auch Leishmaniose, Trypanosomiasis und Schistosomiasis. Deren globale Bedeutung wird in Deutschland und vielen anderen Industrienationen zunehmend erkannt, denn diese Krankheiten sind nicht nur aus medizinischer und humanitärer Sicht eine existenzielle Bedrohung. Zugleich geht es um die Eindämmung von prekären Lebensverhältnissen, sozialer Ungerechtigkeit, Gewaltbereitschaft und Migration. In enger Kooperation mit der Justus-Liebig-Universität Gießen, der Goethe-Universität Frankfurt am Main, dem Paul-Ehrlich-Institut in Langen sowie der Technischen Hochschule Mittelhessen und dem Fraunhofer-Institut für Translationale

Medizin und Pharmakologie in Frankfurt am Main erforschen 30 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den Bereichen Biologie, Biochemie, Chemie, Medizin, Pharmazie und Veterinärmedizin, welche Zielmoleküle besonders geeignet sind, um neue Strategien gegen tropische Infektionskrankheiten zu entwickeln. Die Ergebnisse des interdisziplinären Projektverbundes sollen einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung von Wirkstoffen, Impfstoffen und Diagnostika gegen armutsassoziierte und vernachlässigte Infektionskrankheiten leisten.

Durch die enge Verknüpfung von Grundlagenforschung und anwendungsorientierter, translationaler Forschung konnten sich im Rahmen von DRUID bereits zahlreiche Kooperationen mit Industrie und Wirtschaft etablieren. Darüber hinaus bringt das LOEWE-Zentrum seine hohe Kompetenz in Forschung und Lehre ein, insbesondere durch die neu aufgebauten Hochschulkooperationen mit Partnereinrichtungen in Afrika, Asien oder Lateinamerika.

Im Rahmen der Allianz der Rhein-Main-Universitäten (RMU) bündelt und vernetzt die Initiative „Afrikaforschung Rhein-Main“ Projekte und Akteure der Afrikaforschung an den Rhein-Main-Universitäten (Goethe-Universität Frankfurt, Johannes-Gutenberg-Universität Mainz und Technische Universität Darmstadt). Dazu gehört auch das Ende 2022 erfolgreich abgeschlossene Pilotprojekt der „Pilote African Postgraduate Academy“ (PAPA). Die am Forschungszentrum Point Sud in Bamako, Mali, angesiedelte Postdoc-Akademie förderte von März 2020 bis Dezember 2022 die geistes- und sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung insbesondere in den frankophonen Ländern Afrikas. Das von der Gerda Henkel Stiftung finanzierte Fortbildungsprogramm, das sich an kürzlich promovierte afrikanische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an afrikanischen Universitäten richtete, konnte insgesamt 15 Stipendiatinnen und Stipendiaten erfolgreich unterstützen. Ziel war es, das Bekenntnis zum Wert der Wissenschaft um ihrer selbst willen zu stärken und das Interesse an konzeptioneller Grundlagenforschung zu fördern, um inhaltlich und methodisch zur Weiterentwicklung

Info

Weitere Informationen zum Forschungszentrum DRUID finden Sie unter:

 www.loewe-druid.de

Informationen und weiterführende Links zu beiden Projekten finden Sie auf den Webseiten der Afrikaforschung Rhein-Main
<https://afrikaforschung-rheinmain.de>

der globalen Wissensproduktion mit genuin afrikanischen Perspektiven beizutragen. Damit wurde ein konkreter nachhaltiger Beitrag zur Erreichung des Entwicklungsziels einer qualitativ hochwertigen, inklusiven und gerechten Bildung geleistet.

Neben der Forschungsförderung leistet das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur mit einer Reihe von (Stipendien-)Programmen einen direkten Beitrag zur Förderung von Studierenden in und aus Afrika, Asien und Lateinamerika.

Sur-Place-Stipendien

Ein besonderes Förderprogramm sind die Sur-Place-Stipendienprogramme in Vietnam und Mali. Gefördert werden Studierende mit sehr guten Studienleistungen aus einkommensschwachen Familien. Als wesentliches Ziel sollen hiermit nicht nur Angehörige der Eliten beider Länder das Menschenrecht auf Bildung wahrnehmen können. Da die Studierenden in ihren Ländern bleiben können, wird auch das jeweilige Hochschulsystem weiterentwickelt. Durch die Förderung der Landesregierung konnten in den vergangenen zwei Jahren knapp 550 Studierende in Vietnam und Mali unterstützt werden. Die Vergabe der Stipendien erfolgte über den World University Service Deutsches Komitee e. V. (WUS).

Studienbegleitprogramm für Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika (STUBE Hessen)

Das „Studienbegleitprogramm für Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika in Hessen“ – kurz STUBE Hessen – ergänzt das Angebot der hessischen Hochschulen, indem entwicklungspolitische Inhalte vermittelt und Studierende für eine berufliche Tätigkeit in ihren Herkunftsländern qualifiziert werden. Ziel ist es, die Reintegration in den Heimatländern zu erleichtern und die Rahmenbedingungen für ein Studium an hessischen Hochschulen zu verbessern. Im Berichtszeitraum wurden im Rahmen des STUBE-Programms Seminare und Akademien – orientiert an den 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen – sowie berufsbegleitende Praktika und Studienaufenthalte im Herkunftsland angeboten.

Hessen-Repräsentanz Hanoi

Zur Unterstützung der Wissenschafts- und Wirtschaftsbeziehungen mit Vietnam unterhält das Land Hessen ein Verbindungsbüro in Hanoi. Dieses Büro wurde im Jahr 2008 eröffnet und soll die vielfältigen Kooperationen im Rahmen der Außenwissenschafts- und Außenwirtschaftskooperation zwischen Hessen und Vietnam unterstützen.



Campus-Eröffnung der VGU, Nov. 2022

Vietnamesisch-Deutsche Universität (VGU)

Die 2008 in Ho-Chi-Minh-Stadt gegründete VGU ist eine staatliche vietnamesische Universität, die in Partnerschaft zwischen Vietnam, der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Hessen aufgebaut wurde. Sie genießt einen autonomen Status nach hessischem Vorbild. Die VGU ist zugleich die erste und einzige Universität im Ausland, die auf Initiative eines Bundeslandes gemeinsam mit dem Bund gegründet wurde und betrieben wird.

Grundlage der Zusammenarbeit war zunächst ein Kooperationsabkommen zwischen Vietnam und Hessen. Mit dem trilateralen Abkommen, das 2021 in Kraft trat, haben sich die drei Vertragsparteien auf einen neuen Rahmen für die rechtliche, organisatorische und finanzielle Absicherung der VGU verständigt.

Die VGU betreibt Forschung und Lehre nach dem deutschen Universitätsmodell, das auf Freiheit von Forschung und Lehre, wissenschaftlicher Exzellenz, institutioneller Autonomie und akademischer Selbstverwaltung beruht. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung von Wissenschaft und Technolo-

gie in Vietnam. Das Land Hessen unterstützt mit dem Projekt Vietnam maßgeblich bei der Umsetzung des Nachhaltigkeitsziels „Hochwertige Bildung“ (SDG 4).

Derzeit studieren an der VGU rund 2.700 Studierende in 17 Studiengängen (Stand: 2023) mit dem Ziel, Bachelor- und Masterabschlüsse in Ingenieurs- und Wirtschaftswissenschaften zu erwerben. Seit der Gründung haben mehr als 1.500 Studierende einen deutschen und vietnamesischen Abschluss erworben.

Das Land Hessen unterstützt die VGU jährlich mit rund 2 Millionen Euro. Damit werden der Aufbau der Verwaltung an der VGU, die deutschen Mitglieder der Universitätsleitung sowie derzeit drei Studiengänge finanziert, die von hessischen Hochschulen an der VGU durchgeführt werden. Im November 2022 wurde der neue Campus der VGU eröffnet, der von der vietnamesischen Regierung und durch einen Kredit der Weltbank finanziert wurde. Er erstreckt sich über 50 Hektar und bietet moderne Einrichtungen für Forschung und Lehre.

2.8 Hessisches Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat



Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) mit ihrer Handlungsorientierung und Kompetenzstärkung, der Vermittlung komplexer Zusammenhänge und der Reflexion kultureller und politischer Hintergründe sowie Wertekontexte nimmt im Rahmen der 17 globalen Nachhaltigkeitsziele eine Doppelrolle ein: Zum einen trägt BNE als Unterziel zur Stärkung des SDG 4 „Hochwertige Bildung“ bei, zum anderen schafft BNE als zukunftsorientiertes Bildungskonzept Voraussetzungen für die Erreichung der weiteren 16 Nachhaltigkeitsziele.

Globale Bezüge in Bildungsangeboten herzustellen, gehört zu den Grundprinzipien einer BNE und wird in den Aktivitäten des Grundsatzreferates BNE im Hessischen Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat (Bezeichnung im Berichtszeitraum: Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, HMUKLV) bei der pädagogischen Konzeption von Bildungsangeboten, der BNE-Zertifizierung und Qualifizierung von Bildungsanbietenden sowie der Förderung von Bildungsprojekten immer wieder thematisiert.

Erfolgreiche BNE-Projekte wurden in den Jahren 2022 und 2023 fortgeführt und weiterentwickelt, wie zum Beispiel die Lernwerkstatt Klimawandel. Sie richtet sich an weiterführende Schulen in Hessen, wird aber mittlerweile auch für Erwachsene angeboten. An interaktiven Lernstationen setzen sich die Teilnehmenden mit Klimaschutz, den wissenschaftlichen Grundlagen des Klimawandels, seinen Folgen für die Menschen weltweit sowie möglichen Anpassungsstrategien auseinander. Die Lernwerk-

statt wurde für Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf weiterentwickelt, beispielsweise für Jugendliche aus anderen Weltregionen.

Im Rahmen des „Schuljahrs der Nachhaltigkeit“ wurde ein neuntes Lernmodul konzipiert und umgesetzt: Unter dem Titel „Mobilität - bitte



Experimentieren mit Windkraft

umdrehen!“ setzen sich Grundschul Kinder am Beispiel von Lebensmitteln und Kleidung mit globalen Warenströmen auseinander, erfahren, wie Schulkinder weltweit zur Schule kommen und reflektieren ihr Mobilitätsverhalten und dessen globale Auswirkungen. In den acht weiteren Modulen zu Klimaschutz, Energie, Ernährung, biologischer Vielfalt, Wasser, Abfall

und Recycling, Konsum und Kinderrechten sowie Aktion und Engagement setzen sich die Schülerinnen und Schüler auch mit Konflikten zwischen den globalen Nachhaltigkeitszielen auseinander. Sie vergleichen ihre Situation mit der Lebenswelt anderer Kinder und Jugendlicher rund um den Globus. In der Sekundarstufe I wurde das Schuljahr der Nachhaltigkeit mit fünf

in Fairtrade-Schulen, UNESCO-Projektschulen, Grenzenlos-Schulen und Eine-Welt-Schulen, aber auch in den Umweltschulen ein wichtiger Bestandteil vieler Aktivitäten. Bei der Zertifizierung von BNE-Bildungsanbietern in Hessen ist die Berücksichtigung globaler Bezüge ein Qualitätskriterium. Hessenweit sind 60 BNE-Anbietende durch die vier Landesministerien für Landwirtschaft und Umwelt, Kultus und Bildung, Soziales und Wirtschaft zertifiziert.

Republik Mauritius

In der Republik Mauritius wurde im Jahr 2022 ein nationales Projekt zur Reduktion von Kunststoffabfällen im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit im Umweltschutz abgeschlossen. Mit Hilfe eines Stoffstrommodells wurden die Abfallströme systematisch erfasst und unerwünschte Stoffströme vermieden beziehungsweise gezielt geeigneten Entsorgungswegen zugeführt.

Insel Negros, Philippinen

Nach den guten Ergebnissen des Länderprojekts auf Mauritius wurden die Erfahrungen aus Mauritius in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), der Universität Kassel und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im Rahmen des Bund-Länder-Programms auf die philippinische Insel Negros übertragen. Das Projekt Bewertung und Management von Kunststoffabfallströmen und deren Leckagen in Bacolod City, Insel Negros, Philippinen verfolgt wie auf Mauritius das Ziel, die Abfallströme mit Hilfe eines Stoffstromdiagramms systematisch zu erfassen und unerwünschte Stoffströme zu vermeiden beziehungsweise gezielt geeigneten Entsorgungsmöglichkeiten zuzuführen. Mit eingebunden sind zudem das kommunale Entsorgungsunternehmen der Stadt Bacolod auf der Insel Negros sowie zwei Universitäten der Stadt Bacolod City.

In fünf verschiedenen Stadtteilen von Bacolod werden – von örtlichen Müllsammlerinnen –



Auf der Suche nach einer Lösung für das Müllproblem
Quelle: Dr. Katharina Raab, Universität Kassel

Modulen zu Klimaschutz, Energie, Ernährung, Mobilität sowie Aktion und Engagement umgesetzt. Hessenweit haben im Berichtszeitraum 13.240 Schülerinnen und Schüler und 2.810 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren an der Lernwerkstatt Klimawandel und am Schuljahr der Nachhaltigkeit teilgenommen.

Unter der Dachmarke „Nachhaltigkeit lernen in Hessen“ sind 317 Schulen aller Schulformen vernetzt, die für ihr BNE-Engagement ausgezeichnet wurden. Globale Themenschwerpunkte sind



Quelle:
Dr. Katharina Raab, Universität Kassel

Kunststoffabfälle gesammelt und mit Hilfe des Tools Leckagen bestimmt. In einem zusammenfassenden Bericht werden Empfehlungen für die Stadtverwaltung Bacolod zu Potenzialen, Verbesserungsmöglichkeiten, Risiken, Barrieren und Schlüsselmaßnahmen für die Anpassung lokaler Strategien und Abfallgesetze formuliert. Dies wird die Stadtverwaltung von Bacolod bei der Überarbeitung ihres 10-Jahres-Abfallwirtschaftsplans unterstützen, der 2024 neu ausgerichtet werden muss.

Nachhaltigkeitsstrategie Hessen

Die seit 2008 bestehende Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Hessen (NHS) hat sich als Plattform für alle gesellschaftlichen Akteure – Verbände, Unternehmen, NGOs, Verwaltung und Politik – etabliert. Unter dem Motto „Lernen und Handeln für unsere Zukunft“ wird eine nachhaltige Entwicklung im Sinne der Agenda 2030 verfolgt und eine Vielzahl von Aktivitäten initiiert, um diese Ziele besser zu verstehen und zu erreichen.

Mit der Volksabstimmung vom 28. Oktober 2018 hat Nachhaltigkeit in Hessen Verfassungsrang erhalten. Mit 89,1 Prozent Ja-Stimmen wurde Artikel 26 c „Der Staat, die Gemeinden und Gemeindeverbände berücksichtigen bei ihrem Handeln das Prinzip der Nachhaltigkeit, um die Interessen künftiger Generationen zu wahren“ als Staatsziel in die Verfassung aufgenommen. Das Land Hessen verpflichtet sich, durch sein lokales und regionales Handeln Nachhaltigkeit zu leben und seine Bürgerinnen und Bürger für

einen bewussten und nachhaltigen Lebensstil zu sensibilisieren. Hessen ist Teil der Welt und hat bei seinen Bemühungen um mehr Nachhaltigkeit immer auch die globalen Aspekte und Auswirkungen im Blick.

Hessen hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2045 klimaneutral zu werden. Die Fortschritte auf dem Weg zu diesem Ziel werden seit 2010 in einem alle zwei Jahre erscheinenden Fortschrittsbericht anhand eines definierten Indikatorensets dokumentiert.

Im Berichtszeitraum erschien turnusgemäß 2022 die neueste Ausgabe und 2023 eine Ergänzungsausgabe mit 17 zusätzlichen Indikatoren. Die Aufnahme der neuen Indikatoren war 2022 vom Hessischen Bündnis für Nachhaltigkeit (HBN), dem obersten Entscheidungsgremium der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen, beschlossen worden.

Die Indikatoren beschreiben den Ist-Zustand in Hessen für das jeweilige Thema, machen Fortschritte nachvollziehbar und geben Auskunft über den Fortgang der nachhaltigen Entwicklung. Das Monitoring zur nachhaltigen Entwicklung in Hessen umfasst 13 Zielindikatoren und 59 sogenannte Berichtsindikatoren; die Zielindikatoren sind mit konkreten zeitlichen Zielerreichungszielen bis 2030 verknüpft.

Ziele und Indikatoren bestimmen unter anderem auch die Auswahl der Schwerpunktthemen der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen.

Kaum ein Thema berührt so viele der 17 globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen in der Agenda 2030 wie das Thema Ernährung. Die Frage, was täglich auf unseren Tellern landet, hat ökonomische, soziale und ökologische Auswirkungen.

Im Mai 2023 startete das Projekt „Nachhaltige Ernährung in Kommunen“: Die teilnehmenden Projektgemeinden wurden beraten und konnten sich mit Fachexpertinnen und Fachexperten sowie mit externen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zu verschiedenen Fragestellungen rund um das Thema austauschen. Auf

der Agenda standen unter anderem Schul- und Kitaverpflegung, Lieferbeziehungen und Wertschöpfungsketten sowie Ernährungsbildung und Strategien, um das Thema nachhaltige Ernährung in Kommunen und Landkreisen zu platzieren.

Unter dem Dach der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen haben sich darüber hinaus Vertreterinnen und Vertreter aus Unternehmen, Wirtschaftsverbänden, der Landesverwaltung sowie gesellschaftliche Akteure wie die Evangelische Kirche zur Hessischen Initiative für verantwortungsvolles, nachhaltiges Wirtschaften zusammengeschlossen. Ziel ist es, nachhaltiges unternehmerisches Handeln zu verankern, um das Land Hessen zu einem Innovationsstandort für nachhaltiges Wirtschaften zu machen. Dabei setzen die Mitglieder der Initiative auf den Austausch über die Herausforderungen des Wandels und das Lernen von guten Praxisbeispielen.

Zu dieser Ausrichtung auf die Wirtschaft gehören 40 Einstiegsberatungen zum nachhaltigen Wirtschaften, die im Berichtszeitraum vom Land Hessen finanziert wurden. Übergeordnetes Ziel war es, die Zukunftsfähigkeit und Resilienz der teilnehmenden Unternehmen zu verbessern und das Bewusstsein für die Auswirkungen unternehmerischen Handelns zu schärfen. Darüber hinaus sollte ausgelotet werden, wie und welche positiven Beiträge die Unternehmen für Umwelt und Gesellschaft (Klima- und Umweltschutz, Stärkung der Biodiversität, Förderung von sozialem Engagement und Gesundheit etc.) im Sinne der „Sustainable Development Goals“ der Vereinten Nationen und des European Green Deal leisten können.

Die Initiative trifft sich einmal jährlich zu einer Jahreskonferenz. Beim zweiten Treffen im Juni 2023 wurde das Thema Klimaneutralität von rund 100 interessierten Teilnehmenden aus Politik, Unternehmen, Verbänden und Kammern diskutiert. Es ging um die Frage, wie hessische Unternehmen zum globalen Ziel der CO₂-Reduktion und damit nicht nur zum Erreichen des hessischen Klimaziels, sondern gerade auch zu einem besseren Klima in Entwicklungsländern beitragen können.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen ist die nachhaltige Entwicklung in den Kommunen. Kommunale Verwaltungen, kommunale Unternehmen und Einrichtungen haben eine wichtige Vorbildfunktion: Mit Impulsen und Aktionen können sie die Bürgerinnen und Bürger für einen bewussteren Umgang mit Ressourcen und einen sorgsameren Umgang mit ihrem unmittelbaren Lebensumfeld sensibilisieren. Vor Ort werden wichtige Weichen für eine nachhaltige Entwicklung gestellt, die auch den Entwicklungsländern zugute kommen, zum Beispiel durch eine nachhaltige Beschaffung, die fair gehandelte und ökologische Produkte berücksichtigt oder durch eine lokale Verkehrswende, die zu einem besseren Klima beiträgt.

Seit Frühsommer 2022 ist die Nachhaltigkeitsstrategie Partnerin der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) im Projekt „Global Nachhaltige Entwicklung in Kommunen“ (GNK). Ziel ist die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen und kommunalen Nachhaltigkeitsstrategien. Bis Ende 2023 nutzten 13 hessische Kommunen das Angebot und wurden bei der Bestandsaufnahme und der Entwicklung einer kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie im Sinne der Ziele der Agenda 2030 begleitet und beraten.

Darüber hinaus wurde im Rahmen eines Bürgermeisterdialogs 2023 ein Auftaktworkshop „Nachhaltige Verwaltung“ für 2024 beschlossen, aus dem eine Arbeitsgruppe hervorgehen soll, die entsprechende lokale Handlungsempfehlungen für Kommunen auch für die globalen Ziele erarbeitet.

Projekte von HessenForst

Die internationale Beratungstätigkeit von HessenForst (HF) respektive der Hessischen Landesforstverwaltung (bis 2000) hat eine lange Tradition. Seit den 1950er-Jahren wurden zahlreiche forstliche Projekte im Ausland durchgeführt, die im In- und Ausland eine große Anerkennung erfahren haben.

In den Jahren 2020/21 konnten aufgrund der Covid-19-Pandemie erstmals keine Auslandsaufenthalte oder Studienreisen durchgeführt werden. Bereits im Jahr 2022 wurden jedoch bestehende Projekte wieder aktiviert beziehungsweise neue Projekte gestartet.

Westbalkan

Ziel des Projektes „Support of a Regional Expert Working Group on Sustainable Forest Management in the Western Balkans“ ist es, die politischen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung zu stärken. Ein wichtiger politischer Prozess für die Westbalkanländer ist die „Grüne Agenda für den Westbalkan“, die im Rahmen des europäischen „Green Deal“ definiert wurde. Der Westbalkan umfasst Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Nord-Mazedonien, Montenegro und Serbien.

HessenForst unterstützte die Arbeitsgruppe „Regional Expert Advisory Working Group on Sustainable Forest Management“ (REAWG)

- » bei der Vorbereitung, Präsentation und Diskussion des Konzepts von Waldbewirtschaftungsrichtlinien am Beispiel eines Waldbewirtschaftungstyps/Baumart auf Grundlage der Waldbau-Leitlinie, der „Waldbaufibel“. Sie beschreibt die Waldbewirtschaftung anschaulich in einzelnen Teilschritten. Die Gliederung erfolgt nach Baumarten und Maßnahmen. Die Waldbaufibel dient nun auch als Vorlage für die Waldbewirtschaftungsleitlinien in den Westbalkanstaaten.
- » bei der Erarbeitung eines Strategiepapiers mit Analysen und Empfehlungen zur Waldbewirtschaftung unter Berücksichtigung des Biodiversitätsschutzes vor dem Hintergrund des Klimawandels.



Westbalkan -
Berglandschaft im Frühjahr

Abgerundet wurde das Projekt durch eine von HessenForst-Consulting organisierte Studienreise, bei der die Umsetzung der Themen im hessischen Forstbetrieb vorgestellt wurde. Das Projekt endete 2023.

Wälder haben für die Westbalkanländer eine große Bedeutung, wobei die Schutzfunktionen (Klima-, Natur-, Wasserschutz, CO₂-Senke etc.) höher gewichtet werden als die Holznutzung. Eine nachhaltige und naturnahe Entwicklung der Wälder der Westbalkanländer ist ein wichtiger Baustein für den europäischen „Green Deal“. Der große Zuspruch und das hohe Engagement der beteiligten Staaten – dokumentiert auch durch einen hohen Output an Reports, Leitlinien und Strategiepapieren – sollte nicht verpuffen. Daher sollte möglichst bald ein Folgeprojekt initiiert werden. Eine professionelle, nachhaltige und naturnahe Waldbewirtschaftung wird von diesen Staaten angestrebt, HessenForst kann sie dabei unterstützen.

China - Region Shanxi

Bereits seit den 1970er-Jahren besteht ein forstlicher Austausch mit China. So waren hessische Forstleute auch am Bau der „Grünen Mauer“ beteiligt.

Das 2019 gemeinsam mit dem Deutschen Forst Service (DFS) definierte Projektziel ist der Aufbau eines „Modellbetriebes“ mit beispielhafter nachhaltiger und naturnaher Waldbewirtschaftung. Die in der Zhong Cun State Forest Farm gesammelten Erfahrungen können dann anderen Forstbetrieben zum Beispiel in Form von Exkursionen, Schulungen oder Kursen zur Verfügung gestellt werden.

Die Bewirtschaftung der „Forest Farm“ erfolgt noch nicht professionell, insbesondere entsprechen waldbauliche Strategien (Umstellung von Kahlschlag auf Einzelstammnutzung), Erschließung, Holzernte, Rückesysteme (wie Forstschlepper) und Waldschutz nicht den Standards, die beispielsweise für eine Zertifizierung (FSC, PEFC) notwendig sind. Dies gilt insbesondere für den Arbeitsschutz, die persönliche Schutzausrüstung und den fachgerechten Umgang mit Motorsägen, auch eine sichere Holzernte ist derzeit nicht gewährleistet. HessenForst begleitet das Projekt seit 2019. Aufgrund der Covid-19-Pandemie wurden keine Missionen in China durchgeführt. Für 2024 sind drei Einsätze geplant.

Die Ausbildung für die Praxis hat bei den Projektpartnern in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Die Arbeit im und mit dem Wald rückt daher immer mehr in den Mittelpunkt der Beratungstätigkeit. So ist es erfreulich, dass sich viele junge Revierleiterinnen und Revierleiter, aber auch Forstwirtinnen und Forstwirte für Auslandseinsätze interessieren.

Vietnam

In Vietnam wurden seit 2014 mit Unterstützung der Deutschen Forst-Service GmbH (DFS) und HessenForst sowie mit Finanzierungshilfen des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) ein Trainingszentrum

(„Competence Center“) und ein „Modellforstamt“ (Truong Son State Forest Company) aufgebaut. Seit 2014 wurden drei Folgeprojekte durchgeführt, das dritte Projekt lief 2023 aus. Das Kompetenzzentrum und das Forstamt befinden sich in Zentralvietnam in der Nähe von Dong-Ha.

Ein Schwerpunkt des dritten Projekts war die Schulung von Kleinbäuerinnen und -bauern in der Bewirtschaftung ihrer Wälder. Als Anschauungsobjekte wurden Versuchsflächen mit verschiedenen waldbaulichen Methoden angelegt, die den Kleinbäuerinnen und -bauern, aber auch den staatlichen Försterinnen und Förstern präsentiert werden konnten.

Eine Expertin der Forstbetriebsplanung (HF) unterstützte das Kompetenzzentrum im vergangenen Jahr bei der Anlage und Aufnahme von Versuchsflächen sowie bei der Erstellung von Schulungsmaterialien. Ihre positiven Erfahrungen lassen hoffen, dass sich in Zukunft weitere Forstfrauen bei HF-Consulting engagieren werden.

In Deutschland konnte HF-Consulting einen Workshop für eine vietnamesische Expertengruppe organisieren. Thema war „Eingriffs- und Ausgleichsregelungen und Ökopunkte bei Eingriffen in Natur- und Landschaft“. Die Veranstaltung wurde vom World Wide Fund For Nature (WWF) initiiert.

Die vietnamesischen Expertinnen und Experten wurden sowohl durch eigene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als auch durch externe Expertinnen und Experten umfassend über das Thema informiert.



Georgien (Adscharien)

HessenForst ist seit 2006 an zahlreichen Projekten in Georgien beteiligt. 2023 wurde ein Projekt (Laufzeit sechs Jahre) mit der Autonomen Republik Adscharien abgeschlossen. Konsortialpartner dieses Projektes sind der WWF Deutschland, WWF Kaukasus und HessenForst, die Finanzierung erfolgt über die KfW. Ziel des Projektes ist es, das Schutzgebietsnetz und die multifunktionale Forstwirtschaft als Kernelemente des großräumigen Landschaftsschutzes zu stärken. Sie sollen zu einer nachhaltigen Entwicklung von strukturschwachen Regionen in Georgien beitragen.

Gemeinsam mit HessenForst will die Forstverwaltung Adschariens (AFA)

- » die notwendigen Planungsgrundlagen für eine naturnahe und nachhaltige Waldbewirtschaftung unter Berücksichtigung des Klimawandels erarbeiten und
- » die notwendigen infrastrukturellen, materiellen und personellen Kapazitäten bereitstellen.

Hauptnutznießende und Zielgruppe des Projektes sind die Bewohnerinnen und Bewohner der ländlichen Gemeinden, die auf Brenn- und Bauholz aus den Wäldern Adschariens angewiesen sind.

Jahrhunderte altes Haus aus Esskastanie, im Vordergrund Besitzerin und Besitzer sowie zwei Mitarbeitende des Projektes (Bild W. Grüneklee)

Anlässlich des Auftaktworkshops in Batumi wurden bereits einige Einsätze durchgeführt.

Ein wichtiger Bestandteil des Projektes ist der bilaterale Wissensaustausch zwischen den Forstverwaltungen des Landes Hessen und der Autonomen Republik Adscharien zur Förderung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung.

HessenForst wurde für dieses Projekt ausgewählt, weil

- » eine langfristige Partnerschaft garantiert werden kann,
- » ein bilateraler Wissensaustausch zwischen den (Forst-)Verwaltungen möglich ist,
- » qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit langjähriger Berufserfahrung für alle Bereiche der Forstwirtschaft zur Verfügung stehen, d. h. von der Ausbilderin oder dem Ausbilder an der Motorsäge bis zu der Waldschutzexpertin oder dem Waldschutzexperten,
- » HessenForst Consulting-Studienreisen nach Hessen anbieten kann, bei denen bestimmte Themenschwerpunkte vorgestellt und vertieft werden können.

3

LEISTUNGEN FÜR
ÖFFENTLICHE ENTWICKLUNGS-
ZUSAMMENARBEIT
- ODA-LEISTUNGEN



Öffentliche Entwicklungsleistungen (ODA)

Deutschland beteiligt sich seit über 70 Jahren an der Mitfinanzierung von Programmen und Projekten in Afrika, Asien und Lateinamerika. Hessen war das erste der deutschen Länder, die sich bereits 1958 im Rahmen einer Vereinbarung mit Ghana am dortigen Verwaltungsaufbau beteiligten und hierfür Landesmittel zur Verfügung stellten.

Solche Finanzbeiträge aus öffentlichen Mitteln werden seit 1972 Official Development Assistance (ODA) genannt und jährlich seitens des Entwicklungsausschusses (Development Assistance Committee, DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Cooperation and Development, OECD) erfasst und veröffentlicht. Dem DAC gehören gegenwärtig 30 Industriestaaten an.

Bewegten sich die deutschen ODA-Mittel in den letzten Jahrzehnten zwischen 0,2 und 0,4 % des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungsleistungen, hat sich Deutschland im Rahmen der Verabschiedung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung 2015 verpflichtet, eine ODA-Quote von 0,7 % bis zum Jahr 2030 zu erreichen. Dieses Ziel wurde bereits im Jahr 2016 und in den Jahren ab 2020 erreicht. Dazu trug die Anrechnung von erbrachten Leistungen für Geflüchtete bei.

Seit 2018 erfolgt die Berechnung der ODA auf Basis von Zuschussäquivalenten. Bei dieser Methode werden Zuschüsse zugunsten von Ländern des Globalen Südens vollständig erfasst, während beispielsweise bei Darlehen nur der Zuschussanteil – das sogenannte Zuschussäquivalent – als ODA angerechnet wird.

Die Berechnung der ODA-Leistungen

Die ODA ist als Zuwendung in Form von Zuschüssen und Darlehen an die Länder des Globalen Südens der sogenannten DAC-Liste (ca. 40 Staaten) definiert, die:

- » vom öffentlichen Sektor vergeben werden;
- » in erster Linie der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Verbesserung der Lebensbedingungen dienen und
- » mit vergünstigten Konditionen ausgestattet sind, was im Falle von Darlehen bedeutet, dass diese Mittel ein Zuschusselement von mindestens 25 % (lieferungsbundene Finanzierungen) aufweisen müssen.

Diese Definition wurde 1972 vom Development Assistance Committee entwickelt und ist bis heute größtenteils unverändert. Allerdings wurden in den folgenden Jahren weitere Kosten als ODA anerkannt. So seit 1979 Verwaltungskosten des Geberlandes, ab 1984 Kosten für Studienplätze von Studierenden des Empfängerlandes im Geberland und ab den 1980er-Jahren Kosten für Geflüchtete im ersten Jahr ihres Aufenthaltes. Letztere Möglichkeit wurde erst seit 1991

in größerem Umfang genutzt. Auch der Erlass von Schulden kann als Official Development Assistance anerkannt werden.

Den größten Anteil an den Ausgaben nach Zuschussäquivalenten stellte im Jahr 2022 mit 13,7 Mrd. EUR (40,5 %) das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Das Auswärtige Amt finanzierte Leistungen in Höhe von 4,9 Milliarden EUR (14,5 %). Die Deutschen Länder bestritten 2022 insgesamt 1,84 Mrd. EUR (5,4 %) der ODA. Dies waren mit 1,78 Mrd. EUR größtenteils ODA-anrechenbare Studienplatzkosten von Studierenden aus Ländern des Globalen Südens.

Die folgende Abbildung stellt die ODA-Leistungen Hessens von 2013 bis 2022 dar. Für das Berichtsjahr 2023 lagen zum Zeitpunkt der Erstellung des Berichtes noch keine Zahlen vor. Der Anstieg der sonstigen ODA-Leistungen des Landes Hessen von 3,1 Mio. EUR im Jahr 2021 auf 7,2 Mio. EUR im Jahr 2022 ist v. a. auf die humanitäre Unterstützung der Ukraine durch Hilfstransporte zurückzuführen.

Abbildung 1: ODA-Leistungen Hessens 2013 bis 2022 (in Tausend EUR)



* Nach Veröffentlichung der Daten für das Berichtsjahr 2017 informierte Hessen darüber, dass die ODA-Leistungen ohne Studienplatzkosten im Jahr 2017 über die zunächst angegebenen 2,920 Mio. EUR hinaus insgesamt 3,414 Mio. EUR betragen hätten.

Quelle: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg., 2023).

Tabelle 2: ODA-Leistungen der deutschen Länder 2022¹

Land	Studienplatz- kosten	Sonstige ODA-Leistungen	ODA-Leistungen Gesamt	Einwohnerinnen und Einwohner pro Bundesland ²	ODA-Leistungen pro Einwohnerin bzw. Einwohner
					in Tsd. EUR
Nordrhein-Westfalen	336.839	12.797	349.636	18.139.116	19,28
Bayern	320.676	9.702	330.378	13.369.393	24,71
Baden-Württemberg	181.954	5.852	187.806	11.280.257	16,65
Niedersachsen	154.972	1.245	156.217	8.140.242	19,19
Hessen	138.753	7.203	145.956	6.391.360	22,84
Berlin	129.005	2.553	131.558	3.755.251	35,03
Sachsen	109.094	1.108	110.202	4.086.152	26,97
Hamburg	68.085	11.165	79.250	1.892.122	41,88
Sachsen-Anhalt	69.509	283	69.792	2.186.643	31,92
Thüringen	50.720	454	51.174	2.126.846	24,06
Rheinland-Pfalz	63.123	1.945	65.068	4.159.150	15,64
Brandenburg	43.094	100	43.194	2.573.135	16,79
Schleswig-Holstein	32.989	2.009	34.998	2.953.270	11,85
Mecklenburg-Vorpom.	23.615	563	24.178	1.628.378	14,85
Bremen	29.021	688	29.709	684.864	43,38
Saarland	27.948	358	28.306	992.666	28,52
Summe	1.779.397	58.025	1.837.422	84.358.845	-

1 Absteigend sortiert nach der Höhe der ODA-Leistungen insgesamt.

2 Einwohnerinnen und Einwohner zum 31.12.2022.

Quelle: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg., 2024),
Statistisches Bundesamt, Berechnungen des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen
und ländlichen Raum

4

ANHANG



Mitmachangebote

Weitere Kontaktadressen finden Sie nachfolgend:

HESSEN



**Hessisches Ministerium für Wirtschaft,
Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum**

Der Aufgabenbereich Entwicklungszusammenarbeit liegt beim Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen. Weitere Informationen finden Sie unter

<https://wirtschaft.hessen.de/wirtschaft/entwicklung-zusammenarbeit>



HESSEN



HessenAgentur

HA Hessen Agentur GmbH

Das Hessische Wirtschaftsministerium hat der HA Hessen Agentur GmbH die operative Durchführung der Fördermaßnahmen zur Entwicklungszusammenarbeit übertragen.

Weitere Informationen zum Thema Förderung von Projekten finden Sie hier:

www.innovationsfoerderung-hessen.de/epz



**Entwicklungs
politisches
Netzwerk Hessen**

Der Entwicklungspolitisches Netzwerk Hessen e.V. (EPN) ist eine ungebundene Aktions- und Kommunikationsplattform hessischer Nichtregierungsorganisationen und ein Netzwerk engagierter Gruppen und Initiativen sowie privater Fördermitglieder.

Weitere Informationen zum EPN Hessen finden Sie unter:

www.epn-hessen.de





Der World University Service (WUS) ist eine konfessionell und politisch unabhängige Organisation, die in 50 Ländern tätig ist. Der WUS engagiert sich für politische Bildungsarbeit in den Bundesländern und entwicklungspolitisches Engagement weltweit.



Weitere Informationen zum WUS finden Sie unter:

 www.wusgermany.de/de



Die entwicklungspolitischen Aktivitäten in Hessen werden von den hessischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) mitgetragen und mitinitiiert. Eine Übersichtskarte über hessische NGOs finden Sie unter:



 https://wirtschaft.hessen.de/entwicklungspolitische-organisationen-aus-hessen?displayFirst=map_first

Tabellenverzeichnis

1 Förderung der Entwicklungszusammenarbeit – aus Haushaltsansatz Einzelplan 07, Kapitel 07 05, Förderprodukt 39	16
2 ODA-Leistungen der deutschen Länder 2022	43

Abbildungsverzeichnis

1 ODA-Leistungen Hessens 2013 bis 2022	42
--	----



HESSEN



**Hessisches Ministerium für Wirtschaft,
Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum**

Kaiser-Friedrich-Ring 75
65185 Wiesbaden
www.wirtschaft.hessen.de